

# Über den Wandel des Politischen

## Die Demokratie im Zangengriff von autoritärem Populismus und autoritärem Kapitalismus

Silke van Dyk

*Beitrag zur Veranstaltung »Populismus und die ›Krise‹ der Demokratie« der Sektion politische Soziologie*

Wir beobachten derzeit einen Wandel des Politischen, der weit über das viel diskutierte Erstarren autoritärer, rechter Kräfte hinausgeht. Tatsächlich ist die aktuelle Gefährdung demokratischer Systeme nur zu verstehen – so die These dieses Beitrags –, wenn der antidemokratische Zangengriff von autoritärem Populismus und autoritärem Kapitalismus analysiert und damit das Zusammenspiel dieser unterschiedlich akzentuierten autoritären Konstellationen sichtbar gemacht wird.

## Angriff auf die Demokratie I: Autoritärer Populismus und der Aufstieg der neuen Rechten

Mit dem Brexit-Votum, dem Wahlsieg Donald Trumps, der Regierungsbeteiligung der FPÖ in Österreich, der Stärke Marine Le Pens in Frankreich, dem Erstarren der AfD in Deutschland, der Rolle Victor Orbáns in Ungarn oder dem Wahlsieg von Jair Bolsonaro tritt mit aller Dringlichkeit vor Augen, dass rechte und nationalistische Kräfte auf dem Vormarsch sind – und zwar nicht als Nischenphänomen, sondern bis hinauf in höchste Positionen und mit weitreichenden Konsequenzen. Es geht um politische Kräfte, die den autoritären Umbau von Staat und Gesellschaft vorantreiben, die eine radikale Anti-Flüchtlings- und Anti-Migrationspolitik verfolgen, und einen neuen Politikstil etablieren, der autoritär populistisch ist: Mit anti-liberaler und anti-intellektueller Rhetorik wird eine starke Führung proklamiert, die die wahren Interessen des homogenen und ethnozentristisch gedachten „Volkes“ gegen das liberale, vermeintlich intellektuell abgehobene „Establishment“ zur Geltung bringen soll. Populist\*innen behaupten „dass es ein homogenes Volk mit einem einzigen authentischen Willen gäbe, welcher den Populisten als politischer Auftrag diene (und den nur die populistischen Führungsfiguren richtig verstehen könnten)“ (Müller 2017, S.114). Trump hat in seiner Inaugurationsrede keinen Zweifel daran gelassen, dass er allein das sogenannte Volk zu vertreten beansprucht: „Worauf es wirklich ankommt, ist nicht, welche Partei unsere Regierung führt, sondern ob unsere Regierung vom Volk geführt wird. Der 20. Januar 2017 wird als der Tag in der Erinnerung bleiben, an dem das Volk wieder zu

den Herrschern dieser Nation wurde.“ Die repräsentative Demokratie wird als Verschleierung der Herrschaft liberaler Eliten attackiert; rechte Befürworter\*innen direktdemokratischer Elemente suchen deshalb den Kurzschluss von autoritärer Führerschaft und vermeintlichem Volk – um Demokratisierung von unten geht es hier nicht. Der Umgang mit Fakten und wissenschaftlichen Erkenntnissen wiederum ist so flexibel, dass „postfaktisch“ und „post-truth“ zu den Worten des Jahres 2016 erkoren wurden. Natürlich wurde in der Politik von jeher gelogen – man denke nur an die Begründung des Irakkrieges. Neu aber ist, dass die Lüge nicht mehr verborgen werden muss, sondern dass sie – so besonders drastisch im Falle Trumps – den Lügner zu adeln scheint: Als Teil der rechten Establishment-Kritik geht es darum, zu demonstrieren, dass es möglich ist, die Wirklichkeit der vermeintlichen Eliten einfach zu ignorieren (van Dyk 2017).

Während sich im Lichte des Erstarkens autoritärer Kräfte gerade bei den konservativen Parteien *shifting baselines* in der Asyl- und Flüchtlingspolitik abzeichnen, mangelt es zugleich nicht an kritischen Stimmen zu dieser Entwicklung, ganz im Gegenteil: in Deutschland eint die Kritik des autoritären Populismus politische Parteien von links bis in das konservative Lager und auch in der medialen Öffentlichkeit sind kritische Stimmen in der deutlichen Mehrheit. Vorherrschend jedoch ist eine Kritik, die mit der Problematisierung von Trump, Le Pen, Gauland und Co. eine Entproblematisierung der Verhältnisse im Neoliberalismus der Gegenwart verbindet. Die liberale Demokratie und der globale Freihandel werden zu Insignien einer freien Welt erklärt, die repräsentative Demokratie wird wider ihre sehr konkreten Funktionsdefizite in idealtypischer Zuspitzung verklärt (vgl. für Beispiele: van Dyk 2017, S.349f.). Und wenn das Entsetzen ob Trumps Abschottungspolitik und seiner Pläne zum Bau einer Mauer entlang der mexikanischen Grenze zu Recht groß ist, dann sei doch auch daran erinnert, dass sich Europa an seinen einzigen Außengrenzen zum afrikanischen Kontinent in den spanischen Enklaven Ceuta und Melilla mit dreifachen Mauern und Zäunen abschottet; vom Mittelmehr als tödlichster Grenze der Welt ganz zu schweigen. Das macht die Kritik an Trump nicht falsch, gleichwohl zeigt es, wie schnell sie zur wohlfeilen, im Duktus der Aufklärung daherkommenden Entproblematisierung weniger grell inszenierter Abschottungspolitiken werden kann.

## Angriff auf die Demokratie II: Neoliberale Technokratie und autoritärer Kapitalismus

Der französische Philosoph Jean-Claude Michéa schreibt über die liberale Gesellschaft: „Bekanntermaßen hat der zeitgenössische Kapitalismus, während sich die totalitären Gesellschaften an das simple und an Menschenleben aufwändige Prinzip der Einheitspartei halten, diese bedeutend eleganter (und effizienter) durch die Einheitsalternative ersetzt“ (Michéa 2014, S.115)<sup>1</sup>. Diese Einheitsalternative ist der Markt – und eine Einheitsalternative ist eigentlich mit den demokratischen Prinzipien der Pluralität und des politischen Streits schwer vereinbar. Tatsächlich ist das Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus seit jeher ein schwieriges, trifft doch ein System der politischen Gleichheit auf ein System, das soziale Ungleichheit erzeugt: Den Grundwiderspruch der Demokratie hat bereits Aristoteles formuliert, lange bevor von Kapitalismus überhaupt die Rede sein konnte: Wenn es in einer Demokratie

---

<sup>1</sup> So treffend diese Beobachtung ist, so problematisch hat sich die politische Positionierung Michéas in der jüngeren Vergangenheit entwickelt. Indem er den Multikulturalismus als liberales Projekt ablehnt, wird er in seiner konkreten Argumentation anschlussfähig für rechte Kräfte und „macht darüber hinaus kaum einen Hehl aus seiner Ablehnung des linken Antirassismus“ (Hanloser 2017, S.112).

Reiche und Arme gibt, so Aristoteles, würden die Armen ihre demokratischen Rechte dazu einsetzen, den Reichen den Reichtum zu nehmen. Aristoteles sah zwei Lösungen: Die Demokratie abzuschaffen oder die Armut abzuschaffen und plädierte für letzteres. Faktisch wurde in der Geschichte, zumal in den modernen Wohlfahrtsstaaten des Westens beides praktiziert: Armut und soziale Ungleichheit wurden durch soziale Infrastruktur und Umverteilung abgemildert, während der grundsätzliche Streit um das kapitalistische System aus der politischen Landschaft verbannt wurde – in Deutschland zum Beispiel mit dem KPD-Verbot 1956 und Berufsverboten. Entstanden war ein Klassenkompromiss, ein gewisses soziales Gleichgewicht bei gleichzeitiger Einschränkung politisch wählbarer Alternativen – ein fragiles Gleichgewicht, das im Neoliberalismus aufgebrochen worden ist (Doering-Manteuffel, Raphael 2012).

Seit den 1980er Jahren hat sich, wenn auch mit länderspezifischen Unterschieden, eine Hegemonie des Neoliberalismus etabliert: Diese schafft den ideologischen Rahmen für eine umfassende Praxis der Deregulierung und Flexibilisierung, des Abbaus sozialer Rechte, der Entlastung von Unternehmen und Vermögenden, der Spar- und Austeritätspolitik. Demokratiezerstörend ist das Postulat der Alternativlosigkeit und des Sachzwangs, das im Sinne der Marktlogik den für die Demokratie so zentralen politischen Streit, wie Wirtschaft und Gesellschaft organisiert sein sollen, stillstellt. Angela Merkel hat wiederholt von der Notwendigkeit einer marktkonformen Demokratie gesprochen.<sup>2</sup> In Zeiten, da die Armut zunimmt, wird – um an Aristoteles' Alternative zu erinnern – an der demokratischen Schraube gedreht. Zahlreiche Wissenschaftler\*innen haben untersucht, wie der Neoliberalismus sukzessive die Demokratie unterminiert, so Colin Crouch (2008) in seinem berühmten Buch *Postdemokratie*, in dem er den Bedeutungsverlust der Legislative und die Stärkung des Einflusses von Lobbyisten herausarbeitet; oder jüngst Wendy Brown (2015) in ihrem Buch *Die schleichende Revolution*, in dem sie aufzeigt, wie die ausschließliche Orientierung an Unternehmensinteressen die Demokratie entkernt.

Die liberale Markttechnokratie ist ebenso wie der autoritäre Populismus – und das ist eine unterschätzte Gemeinsamkeit – radikal antipluralistisch: „Schließlich suggerieren die Technokraten, es gäbe nur eine rationale policy, während ein Populist behauptet, es gäbe nur einen wahren Willen des Volkes. [...] Hier treffen sich also wirklich einmal zwei Extreme – nämlich in ihrer antipolitischen Haltung“ (Müller 2016, S.115). Oder anders formuliert: Wo der populistische Politiker behauptet den (Einheits-)Willen des Volkes zu verkörpern, präsentiert sich die liberale Politikerin als Übersetzerin der Einheitsalternative des Marktes. Diese Form der Post-Politik ist zumindest mitverantwortlich für das Erstarken des autoritären Populismus und die ihm eigene Establishmentkritik, denn leider ist es zutreffend, „dass die da oben lügen“ (um die populistische Formulierung zu verwenden), wenn sie behaupten, es gäbe keine Alternative. Tatsächlich erleben wir einen demokratischen Klassenkampf von oben, der eine radikale Zunahme sozialer Ungleichheit erzeugt, die sich wiederum auf das politische System überträgt: Menschen mit geringen ökonomischen und Bildungsressourcen beteiligen sich signifikant seltener an Wahlen, sind seltener in Parteien organisiert und nehmen noch seltener an politischen Aktivitäten wie Demonstrationen oder Bürgerinitiativen teil (Schäfer, Schön 2013). Es ist für parteipolitische Akteure also rational, den Anliegen dieser Menschen weniger Aufmerksamkeit zu schenken.

---

<sup>2</sup> „Wir leben ja in einer Demokratie und das ist eine parlamentarische Demokratie und deshalb ist das Budgetrecht ein Kernrecht des Parlaments und insofern werden wir Wege finden, wie die parlamentarische Mitbestimmung so gestaltet wird, dass sie trotzdem auch marktkonform ist“ (Angela Merkel, 02.09.2011; zitiert nach: von Altenbockum 2012).

Doch kein System ist unangefochten: Spätestens seit der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise 2008ff. befindet sich der neoliberale Kapitalismus in einer Hegemoniekrise. Als 2008/2009 plötzlich hunderte Milliarden zur Rettung privater Banken zur Verfügung standen, hat dies dazu beigetragen, dass die lange Zeit erfolgreich propagierte Alternativlosigkeit von Sparmaßnahmen im Sozialbereich und in der Infrastruktur zunehmend in Frage gestellt wurde. Dies fing mit den weltweiten Protest- und Occupybewegungen an (Sitrin, Azzellini 2014), setzt sich fort in der innereuropäischen Uneinigkeit ob der von Deutschland forcierten Austeritätspolitik (Kundnani 2016) und hat seinen stärksten Ausdruck sicherlich mit dem Wahlsieg von Syriza in Griechenland und dem Aufstieg der Bewegungspartei Podemos in Spanien gefunden. Da das Mantra neoliberaler Politik zunehmend weniger als alternativlos akzeptiert wurde, haben seitdem auch in demokratischen Staaten autoritäre Modi des Regierens an Bedeutung gewonnen – so gesehen in der europäischen Krisenpolitik gegenüber Griechenland, die nicht nur demokratische Entscheidungen im griechischen Staat suspendiert, sondern zum Teil auch den innerhalb der EU gesetzten Regularien des Regierens zuwiderläuft (Heinrich 2012). Der Technokratie folgt dort, wo sie angefochten wird, ein zunehmend autoritärer Kapitalismus (Deppe 2013). Diese Hegemoniekrise ist zum Nährboden der Rechten geworden: Gefragt, ob ihn die globale Krise besorge, antwortete Viktor Orbán 2010: „Nein. Ich mag das Chaos. Weil ich aus diesem Chaos eine neue Ordnung aufbauen kann. Die Ordnung, die ich will.“<sup>3</sup>

## Autoritärer Populismus und autoritärer Kapitalismus – Autoritäre Entwicklungen und ihr Zusammenspiel

Autoritärer Populismus und autoritärer Kapitalismus unterscheiden sich trotz ihres jeweils antipluralistischen Charakters natürlich in vielerlei Hinsicht – dient die autoritäre Politik inhaltlich doch höchst unterschiedlichen Zwecken: Im Fall des autoritären Populismus dem sogenannten „Volk“, das durch Abschottung nach außen, Diskriminierung im Inneren und die Verfolgung Andersdenkender in seiner vermeintlichen Homogenität wiedererweckt werden soll. Im Fall des autoritären Kapitalismus geht es, wie dargelegt, um den Markt und die Absicherung neoliberalen Regierens – und das kann, sofern es ökonomisch geboten oder unproblematisch erscheint (seltener auch unabhängig davon) mit einer progressiven Einwanderungspolitik, mit Anti-Diskriminierungspolitik, der Ehe für alle oder Gendermainstreaming einhergehen.

Mit dem autoritären Populismus wächst gegenwärtig die rechte Kritik am Neoliberalismus – und das ist im Lichte der eben genannten Bewegungen und linken Parteien ein neues Phänomen: Neben der Favorisierung von Protektionismus und wirtschaftlicher Abschottung und dem Versprechen, den Industriearbeitern vergangener Zeiten wieder zu ihrem Recht zu verhelfen, geht es dabei auch um die progressiven Elemente des Liberalismus, um Freiheitsrechte, Minderheitenschutz und Anti-Diskriminierungspolitik. Nancy Fraser (2017) hat in diesem Zusammenhang sogar vom Ende des progressiven Neoliberalismus gesprochen – ich wäre hier zurückhaltender, denn die Programmatik rechter Parteien und Bewegungen ist zwar radikal anti-progressiv, jedoch keineswegs durchgängig konsequent anti-neoliberal. Die von Dirk Jörke und Oliver Nachtwey (2017) ausgemachte Abkehr rechtspopulistischer Parteien von neoliberalen Konzepten mag für Marine Le Pens *Rassemblement National* und einige skandinavische rechte Parteien zutreffend sein, aber weder die AfD in ihrer Breite noch die Poli-

---

<sup>3</sup> Zitiert nach: Hinshaw und Walker (2018).

tik Trumps oder der FPÖ sind hiermit treffend beschrieben – von der Frage, ob man bereit ist, der nationalistischen, exklusiven Solidarität rechter Parteien das Etikett einer linken Sozial- und Wirtschaftspolitik zu verleihen, wie Jörke und Nachtwey (2017, S.180) es tun, ganz abgesehen.

Interessant wird das Verhältnis von autoritärem Kapitalismus und autoritärem Populismus vor allem dort, wo es darum geht, den erstarkenden autoritären Populismus zu erklären. Viel spricht dafür, dass neoliberale Technokratie und autoritärer Kapitalismus in ihrem radikalen Antipluralismus einerseits sowie der sozialen Entsicherung andererseits, eine Möglichkeitsbedingung des rechtspopulistischen Projekts darstellen: dem liberalen Anti-Pluralismus und dem liberalen Mantra der Alternativlosigkeit wird eine antipluralistische, nationalistische und völkische Alternative entgegengestellt, die gerade mit ihrer Kritik der liberalen Eliten viele Unzufriedene an sich zu binden weiß. Der Name „Alternative für Deutschland“ ist nicht ganz zufällig gewählt. Sarah Nies und Wolfgang Menz unterstreichen in diesem Zusammenhang, dass sich die Frage politischer Handlungsmacht in Zeiten des Mantras der Alternativlosigkeit in der Sozial- und Wirtschaftspolitik verlagert habe: „Vor dem Hintergrund der erlebten Handlungslosigkeit im ökonomischen, sozialen und arbeitspolitischen Umfeld verschieben sich so die Erwartungen an Handlungsmächtigkeit auf das Feld der Migrations- und Flüchtlingspolitik“ (Nies, Menz i.E., o.S.). Dass es rechten Kräften gelingt, ein eher breites Spektrum von Unzufriedenen zu gewinnen, dürfte dabei auch mit der Schwächung klassischer Gegenkräfte wie den Gewerkschaften und einer auf den neoliberalen Kurs eingeschwenkten Sozialdemokratie zu tun haben. Und doch ...

## Wider einfache Ableitungen: Warum der autoritäre Populismus mehr ist als eine Rebellion der Abgehängten im autoritären Kapitalismus

... ist nichts falscher, als mit diesem Zusammenhang und der neuen Aufmerksamkeit für die im Neoliberalismus Abgehängten und Verunsicherten, Rassismus und Sexismus als verirrte Ausdrucksweisen einer eigentlich nur nach Gerechtigkeit strebenden Anhängerschaft zu betrachten. Die derzeit populäre Deutung, die Unterstützung der neuen Rechten sei eine ökonomische Notwehr der Abgehängten – der autoritäre Populismus so etwas wie eine Rebellion gegen den autoritären Kapitalismus – ist als Pauschal-diagnose empirisch falsch und politisch gefährlich (vgl. hierzu: van Dyk, Graefe 2018). Stichwortgeber für die Notwehr-These ist Didier Eribon, der in seinem viel diskutierten Buch *Rückkehr nach Reims* am Beispiel seiner Familie erzählt, wie aus Linken Rechte, wie aus Kommunisten Front National-Wähler wurden: „So widersprüchlich es klingen mag, bin ich mir doch sicher, dass man die Zustimmung zum Front National zumindest teilweise als eine Art *politische Notwehr* der unteren Schichten interpretieren muss“ (Eribon 2016, S.124)<sup>4</sup>.

Diese Deutung verschiebt, wenn sie – entgegen Eribons Intention – vereinseitigt und verallgemeinert wird, das Problem an die unteren Ränder der Gesellschaft, obwohl die Zustimmung zur neuen Rechten vor den Mittelschichten keineswegs Halt macht und Rassismus wie Sexismus gesamtgesellschaftliche Phänomene sind. Die Popularität der Notwehrthese in der aktuellen Debatte läuft dabei

---

<sup>4</sup> Eribon ist in der deutschsprachigen Rezeption jedoch zu stark auf diesen Satz bzw. dieses Argument reduziert worden. Vergleiche dazu ein Interview, indem er sich kritisch zur klassenpolitisch verengten Rezeption seines Buches in Deutschland äußert (Eribon 2018).

nicht nur auf eine Exkulpation der nach rechts Gewendeten hinaus, sondern stellt auch eine veritable Entlastung der Mittelschichten dar<sup>5</sup>:

„By pretending to be so worried about working-class white people’s immigration fears, the white middle-class gets all the fun of actually being racist without any of the guilty conscience or guilty feelings. The truth is, not all poor people are racist, and not all racists are poor. This is just a middle-class fantasy, a paranoid fantasy which comforts middle-class white people“ (Nandi 2017, S.4).

Die niedrigsten Einkommensklassen in den USA haben tatsächlich mehrheitlich Hillary Clinton gewählt und das Durchschnittseinkommen der AfD-Wähler\*innen spricht ebenfalls gegen eine allzu einfache Verknüpfung von rechter Orientierung und ökonomischer Prekarität; insgesamt ist die Datenlage alles andere als eindeutig, was die ökonomischen Ursachen angeht (Vehrkamp, Wegschaidt 2017; Rippl, Seipel 2018). Und auch wenn überdurchschnittlich viele Arbeiter\*innen und Arbeitslose für rechte Parteien in Europa stimmen (z.B. Brenke, Kritikos 2017), besteht keineswegs die Mehrheit der rechten Wähler\*innen aus Arbeitslosen, Abgehängten und Arbeiter\*innen. Doch egal was die Empirie sagt, die Notwehrthese als Pauschal-diagnose hält sich hartnäckig; sie scheint Ausdruck einer gewissen Nostalgie für einen Kampf „der da unten“ gegen „die da oben“ sein. Für die USA hat Georg Seeßlen (2017) aber gezeigt, dass es kein „homogenes“ Oben gibt und dass sich die Trump-Wähler\*innen mit den ökonomischen Eliten gegen die politischen und kulturellen Eliten verbündet haben. Und „die da unten“ sind eben nicht alle unten und haben zudem höchst unterschiedliche Motivationen. Natürlich gibt es prekäre und arme rechte Wähler\*innen, die sich enttäuscht von einer neoliberalen Sozialdemokratie abgewendet haben; es gibt aber auch Rechts-Konservative, denen die CDU zu mittig geworden ist, die die Ehe für alle ablehnen und die trotz Türkei-Deal weiterhin der Auffassung sind, Angela Merkel würde die Geflüchteten der Welt nach Deutschland einladen. Und es gibt manifeste Rassist\*innen und Nationalist\*innen, die es nicht erst seit gestern sind, die diese Frage aber nun für wahlentscheidend halten.

Die These, das Erstarken der Rechten sei eine Notwehr der unteren Schichten entlastet alle anderen und impliziert Freispruch von Schuld und Verantwortung. Rassismus und Sexismus werden nicht als eigenständige Phänomene ernst genommen, sondern zu problematischen Begleiterscheinungen eines eigentlich richtigen Gerechtigkeitsstrebens. Fatima El-Tayeb konstatiert diesbezüglich (2016, S.19): „Bei Rassismus geht es scheinbar immer um etwas anderes: Angst vor der Zukunft, wirtschaftliche Unsicherheit oder sozialistische Altlast.“ Aber eben nicht um Rassismus. Und obwohl Didier Eribon gerade in Deutschland landauf, landab von allen Seiten zitiert wird, ist er eben doch nur halb gelesen worden: Er erklärt den Rassismus der zu den Rechten übergelaufenen Linken nämlich gerade nicht als bloße Reaktion auf die soziale Deklassierung; vielmehr seien sie bereits als Kommunist\*innen zu großen Teilen rassistisch eingestellt gewesen. Rassismus und soziale Orientierung als national-soziale Orientierung haben sich noch nie ausgeschlossen.

Getragen wird die Notwehrthese von vielen Linken und Linkliberalen, die sich schuldig bekennen, in der Vergangenheit zugunsten von kulturellen Fragen, von Anti-Diskriminierung, Feminismus und Antirassismus die wirklichen, die materiellen Sorgen des sprichwörtlichen kleinen Mannes aus dem Blick verloren zu haben. Anti-Sexismus und Anti-Rassismus sind aber kein Wohlfühlpaket, das sich nur wohl situierte Akademiker\*innen leisten können, sondern die unabdingbare Basis jeder emanzipatori-

---

<sup>5</sup> Wahlweise gibt es diese Entlastung in Deutschland auch in der Deklaration der Rechtswende als alleiniges Ostproblem.

schen Politik und eine Frage des Überlebens für die von Rassismus Betroffenen. Zudem negiert die polarisierte Gegenüberstellung von materiellen Sorgen auf der einen und vermeintlich nur kulturellen anti-sexistischen und antirassistischen Anliegen auf der anderen, dass Rassismus und Sexismus eng mit der Organisation der kapitalistischen Ökonomie zusammenhängen (Wallerstein 1990). Es ist durchaus richtig, dass Teile der Linken die soziale Frage zu lange aus dem Blick verloren haben und natürlich ging mit der Durchsetzung des Neoliberalismus eine massive Umverteilung von unten nach oben einher. Das hat gerade viele weiße Männer, die vom Klassenkompromiss der Nachkriegsjahrzehnte profitiert haben, getroffen und verunsichert. Erwähnt sei aber auch: Die Gruppe der weißen Männer, die als die neuen Abgehängten adressiert werden, sind auch heute nicht durchgängig das Schlusslicht der sozialen Stufenleiter, denn Geschlecht und Ethnizität sind weiterhin zuverlässige Indikatoren für geringeres Einkommen und Vermögen (z.B. Klinger et al. 2007). Zugleich muss gefragt werden, ob sich im Erfolg der neuen Rechten nicht auch eine Reaktion auf partiell erfolgte Aufstiege, zum Beispiel von hoch qualifizierten Frauen oder Migrant\*innen ausdrückt, fordern diese doch die jahrhundertealte Gewissheit heraus, dass sich die Privilegien weißer Männlichkeit zuverlässig auszahlen. Hier geht es eben nicht nur um die Abwehr neoliberaler Zumutungen, sondern auch um die Verteidigung von Privilegien; und das ist eng miteinander verschränkt. Wendy Brown (2017, S.51f.) hat treffend formuliert, dass Donald Trumps Versprechen „Make America great again“ eigentlich das Versprechen ist: „Make Amerika white male again“.

Wenn zahllose Politiker\*innen und Kommentator\*innen nach der Bundestagswahl wissen, dass die AfD-Wähler\*innen eigentlich keine Rassisten, sondern bloß Protestwähler\*innen sind,<sup>6</sup> dann offenbart dies zwei Kurzschlüsse aktueller Debatten und Analysen: die Ignoranz einschlägiger empirischer Forschungsergebnisse und ein verkürztes Rassismusverständnis. Die Leipziger Mitte-Studien und die Bielefelder Untersuchungen zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zeigen seit Jahren ein manifestes rassistisches, autoritäres, chauvinistisches und antimuslimisches Potenzial auf (Zick et al. 2016; Decker, Brähler 2018). Die Untersuchung *Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016* (Zick et al. 2016) kommt zu dem Ergebnis, dass dem Gesamtindex neurechter Einstellungen 28 Prozent der Befragten zustimmen. Wenn wir diese Empirie kennen, stellt sich eher die Frage, warum „nur“ 12,6 Prozent der Wähler\*innen die AfD gewählt haben. Zugleich ist in der Debatte ein verkürztes Rassismusverständnis zu beobachten, das hinter mehrere Jahrzehnte einschlägiger Forschung zurückfällt. Rassismus ist eben nicht allein der direkte Angriff auf Geflüchtete oder die artikulierte Überlegenheit der eigenen Nationalität oder Ethnizität und Rassismus ist sicherlich mehr als lediglich ein „Reflex auf eine Regierung, die plötzlich Fürsorge für Flüchtende als politischen Auftrag entdeckt nachdem sie über Jahrzehnte Entsolidarisierung gepredigt hat“ – wie es Bernd Stegemann (2017, S.83), neben Sarah Wagenknecht einer der Vordenker\*innen von „Aufstehen“ formuliert hat. Dass sich Unzufriedenheit über die neoliberale Sozial- und Wirtschaftspolitik vergangener Jahre gegen die Geflüchteten richtet, ist eben kein verständlicher, ‚normaler‘ Reflex, sondern eine rassistische Reaktion, die ihrerseits erklärungsbedürftig ist und die zudem aufzeigt, dass die Vorstellung von der eigenen Vorrangstellung und einem privilegierten Zugriff auf Ressourcen fest verankert ist. Auf diesen Punkt hat Birgit Rommelspacher (2011, S.26) in ihren Arbeiten zur Dominanzkultur hingewiesen: „Rassismus kann als Legitimationslegende verstanden werden, die die Tatsache der Ungleichbehandlung von Menschen ‚rational‘ zu erklären versucht, obgleich die Gesellschaft von der prinzipiellen Gleichheit aller Menschen ausgeht.“ Vor diesem Hintergrund wird ersichtlich, dass es in modernen Gesellschaften

---

<sup>6</sup> Vgl. zum Beispiel Sarah Wagenknecht direkt nach der letzten Bundestagswahl: <http://www.sueddeutsche.de/politik/die-linke-nach-der-wahl-das-sind-keine-rassisten-die-sind-sauer-1.3682579>, Zugriff am 15.02.2018.

ten zum Wesen des Rassismus gehört, sich selbst zu negieren. Dass etablierte Vorrechte und Privilegien als Normalität erscheinen und verteidigt werden, ist gerade die Struktur dieser Verhältnisse – und diese Normalität ist in vielen Fällen strukturell rassistisch. Robin DiAngelo (2018) spricht ironisch von einer „white fragility“, wenn es um die Thematisierung von Rassismus geht, die in der fest verankerten, nicht notwendigerweise bewussten Vorstellung von der eigenen Überlegenheit und einem selbstverständlichen Anrecht wurzelt: „In fact, it is a powerful means of white racial control and the protection of advantage“ (DiAngelo 2018, S.2). Tatsächlich ist sogar der Umstand, dass die je eigenen Ängste von den Volksparteien ‚ernstgenommen‘ werden, zumeist ein weißes Privileg: „Die in Deutschland lebenden Anhängerinnen Gaulands oder Höckes werden ‚ernstgenommen‘, die Anhängerinnen Erdogans zur Ordnung gerufen und auf ihre Integrationsdefizite hingewiesen“ (Biskamp 2017, S.97).

Vor diesem Hintergrund gilt es, endlich ernst zu nehmen, dass sich Menschen für die Wahl rassistischer, autoritärer und nationalistischer Parteien entscheiden, weil sie zu großen Teilen *tatsächlich* eine rassistische und nationalistische Politik wollen. Dies ernst zu nehmen, heißt auch, die Menschen, die diese Wahl treffen, ernst zu nehmen und ihnen nicht wohlmeinend zu erklären, dass sie eigentlich etwas ganz anderes wollen – wozu gegenwärtig nicht nur Politiker\*innen, sondern auch Wissenschaftler\*innen neigen. Dies ernst zu nehmen, bedeutet aber nicht, das Gespräch zu verweigern und nicht nach den Ursachen zu fragen und zu forschen. Zwei Reaktionen und Umgangsweisen führen dabei definitiv in eine Sackgasse: Die liberale Kritik des autoritären Populismus entproblematisiert die sozialen und demokratiefeindlichen Verwerfungen des autoritären Kapitalismus, deren Verständnis unabdingbar ist, um wesentliche Triebkräfte des autoritären Populismus zu verstehen. Die neoliberalismuskritische Position neigt wiederum dazu, den autoritären Populismus zu einfach aus den sozialen Verwerfungen des autoritären Kapitalismus abzuleiten, ohne der eigenständigen Bedeutung von Rassismus, Nationalismus und Sexismus gerecht zu werden. Erfolgreich wird eine emanzipatorische Gegenoffensive nur dann sein, wenn sie erkennt, dass die Demokratie, die es zu verteidigen und zu demokratisieren gilt, im Zangengriff von autoritärem Populismus *und* autoritärem Kapitalismus bedroht wird, die – wenn auch in unterschiedlicher Weise – radikal antipluralistisch operieren. In diesem Sinne ist den Journalisten Halimi und Rimbart zuzustimmen, dass es „zuerst die Formierung einer politischen Kraft [braucht], die in der Lage ist, gleichzeitig die ‚aufgeklärten Technokraten‘ und die ‚zornigen Milliardäre‘ zu bekämpfen“, da sich nur so vermeiden lasse „zum Handlanger eines der beiden Blöcke zu werden“ (Halimi, Rimbart 2018, S.9).

## Literatur

- von Altenbockum, Jasper. 2012. Marktkonforme Demokratie? Oder demokratiekonformer Markt? *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 15. April 2012. <https://www.faz.net/aktuell/politik/harte-bretter/marktkonforme-demokratie-oder-demokratiekonformer-markt-11712359.html> (Zugegriffen: 2. Februar 2019).
- Biskamp, Floris. 2017. Angst-Traum „Angst-Raum“. Über den Erfolg der AfD, „die Ängste der Menschen“ und die Versuche, sie „ernst zu nehmen“. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 30(2):91–99.
- Brenke, Karl und Alexander S. Kritikos. 2017. Wählerstruktur im Wandel. *DIW-Wochenbericht* 29:595–606.
- Brown, Wendy. 2015. *Schleichende Revolution. Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört*. Berlin: Suhrkamp.
- Brown, Wendy. 2017. Demokratie unter Beschuss: Donald Trump und der apokalyptische Populismus. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 62(8):46–60.
- Crouch, Colin. 2008. *Postdemokratie*. Berlin: Suhrkamp.

- Decker, Oliver und Elmar Brähler, Hrsg. 2018. *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft*. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Deppe, Frank. 2013. *Autoritärer Kapitalismus: Demokratie auf dem Prüfstand*. Hamburg: VSA.
- DiAngelo, Robin. 2018. *White fragility. Why it's so hard for white people to talk about racism*. Boston: Beacon Press.
- van Dyk, Silke. 2017. Krise der Faktizität? Über Wahrheit und Lüge in der Politik und die Aufgabe der Kritik. *Prokla* 188:347–368.
- van Dyk, Silke und Stefanie Graefe. 2018. Identitätspolitik oder Klassenkampf? Über eine falsche Alternative in Zeiten des Rechtspopulismus. In *Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte*, Hrsg. Karina Becker, Klaus Dörre und Peter Reif-Spirek, 337–354. Frankfurt/New York: Campus.
- El-Tayeb, Fatima. 2016. Deutschland postmigrantisch? Rassismus, Fremdheit und die Mitte der Gesellschaft. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 14–15:15–21.
- Eribon, Didier. 2016. *Rückkehr nach Reims*. Berlin: Suhrkamp.
- Eribon, Didier. 2018. Das Problem ist sicher nicht der Feminismus. *Republik* 19.02.2018, <https://www.republik.ch/2018/02/19/interview-eribon-teil1>.
- Fraser, Nancy. 2017. *Against Progressive Neoliberalism, A New Progressive Populism*. [https://www.dissentmagazine.org/online\\_articles/nancy-fraser-against-progressive-neoliberalism-progressive-populism](https://www.dissentmagazine.org/online_articles/nancy-fraser-against-progressive-neoliberalism-progressive-populism) (Zugegriffen: 10. Juli 2017).
- Halimi, Serge und Pierre Rimbart. 2018. Populistenmacher. Über das Ende liberaler Gewissheiten. *Le Monde diplomatique* 9/2:1,8–9.
- Hanloser, Gerhard. 2017. Französische Erklärungsversuche für die Schwäche der Linken. Eine Auseinandersetzung mit Luc Boltanski, Ève Chiapello, Didier Eribon und Jean-Claude Michéa. *Sozial. Geschichte Online* 21:91–114.
- Heinrich, Mathis. 2012. Zwischen Bankenrettungen und autoritärem Wettbewerbsregime. *Prokla* 168:395–412.
- Hinshaw, Drew und Marcus Walker. 2018. In Orbán's Hungary, a glimpse of Europe's demise. *The Wall Street Journal* 09.08.2018.
- Jörke, Dirk und Oliver Nachtwey. 2017. Die rechtspopulistische Hydraulik der Sozialdemokratie. Zur politischen Soziologie alter und neuer Arbeiterparteien. In *Das Volk gegen die (liberale) Demokratie*, Hrsg. Dirk Jörke und Oliver Nachtwey, 163–186. Baden-Baden: Nomos.
- Klinger, Cornelia, Gudrun-Axeli Knapp und Birgit Sauer, Hrsg. 2007. *Achsen der Ungleichheit. Zum Verhältnis von Klasse, Geschlecht und Ethnizität*. Frankfurt/New York: Campus.
- Kundnani, Hans. 2016. Der deutsche Neoliberalismus und die Krise Europas. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 61(9):75–84.
- Michéa, Jean-Claude. 2014. *Das Reich des kleineren Übels. Über die liberale Gesellschaft*. Berlin: Matthes & Seitz.
- Müller, Jan-Werner. 2016. *Was ist Populismus? Ein Essay*. Berlin: Suhrkamp.
- Müller, Jan-Werner. 2017. Fake Volk? Über Wahrheit und Lüge im populistischen Sinne. *Kursbuch* 189:113–128.
- Nandi, Jacinta. 2016. Why we have to take white working class people's fears seriously. *Media Diversified* 28.09.2016. <https://mediadiversified.org/2016/09/28/why-we-have-to-take-white-working-class-peoples-fears-seriously/> (Zugegriffen: 23. Oktober 2017).
- Nies, Sarah und Wolfgang Menz. im Erscheinen. Marktautoritarismus und abgewehrte Fragilität von Leistung. Impulse der arbeitssoziologischen Bewusstseinsforschung zur Erklärung von Rechtspopulismus. In *Alltägliche Grenzziehungen. Externalisierung – imperiale Lebensweise – exklusive Solidarität*, Hrsg. Carina Book, Nikolai Huke, Sebastian Klauke und Olaf Tietje. Münster: Westfälisches Dampfboot.

- Rippl, Susanne und Christian Seipel. 2018. Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie. Was erklärt rechtspopulistische Orientierungen? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70:237-254.
- Rommelspacher, Birgit. 2011. Was ist eigentlich Rassismus? In *Rassismuskritik. Band 1: Rassismustheorie und -forschung*, Hrsg. Claus Melter und Paul Mecheril, 25-38. Schwalbach: Wochenschauverlag.
- Schäfer, Armin und Harald Schoen. 2013. Mehr Demokratie, aber nur für wenige? Der Zielkonflikt zwischen mehr Beteiligung und politischer Gleichheit. *Leviathan* 41(1):94-120.
- Seeßlen, Georg. 2017. *Trump! Populismus als Politik*. Berlin: Bertz+Fischer.
- Sitrin, Marina und Dario Azzelini. 2014. *They can't represent us. Reinventing Democracy from Greece to Occupy*. London/New York: Verso.
- Stegemann, Bernd. 2017. Der liberale Populismus und seine Feinde. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 62(4):81-94.
- Vehrkamp, Robert und Klaudia Wegschaider. 2017. *Populäre Wahlen. Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Wallerstein, Immanuel. 1990. Ideologische Spannungsverhältnisse im Kapitalismus: Universalismus vs. Sexismus und Rassismus. In *Rasse Klasse Nation. Ambivalente Identitäten*, Hrsg. Étienne Balibar und Immanuel Wallerstein, 113-122. Hamburg/Berlin: Argument.
- Zick, Andreas, Beate Küpper und Daniela Krause. 2016. *Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016*. Bonn: Dietz.